

<b>A-03</b>	<b>Erster Entwurf eines Antrags zur Entwicklungspolitik</b>
	<b>AntragstellerInnen:</b> Lu Liu (FaFo Wirtschaft & Soziales), Patrick Urbanke (FaFo Wirtschaft & Soziales), Michael Joukov, (FaFo Wirtschaft & Soziales), Carla Hustedt (GJ Berlin), Svenja Tidau (GJ Münster)

Bei diesem Antrag handelt es sich um eine vorläufige Version. Die endgültige Fassung soll auf dem Seminar „Entwicklungspolitik“ der Fachforen Wirtschaft & Soziales sowie Europa & Internationales erarbeitet werden. Weil es sich jedoch um einen umfassenden Antrag handelt und das behandelte Thema komplex ist, wollen wir den Teilnehmenden am Bundeskongress genug Zeit geben, sich mit der Thematik zu befassen.

### Einleitung

In vielen Teilen der Erde wird Entwicklung mit Wirtschaftswachstum gleichgesetzt. Dieser Verengung des Entwicklungsbegriffs verwehren wir uns. Wirtschaftswachstum kann dazu beitragen, Armut zu reduzieren, und dass Menschen die Möglichkeit bekommen, ihren selbst bestimmten Weg zu gehen. Um Eigenständigkeit sicher zu stellen, bedarf es aber einiges Mehr als schlichtem BIP-Wachstum.

Wenn wir von Entwicklung bzw. Entwicklungspolitik sprechen, dann wollen wir Möglichkeit schaffen, sich frei und selbstbestimmt zu organisieren. Den Menschen muss die Möglichkeit offen stehen, ihren eigene Entwicklungsweg gehen zu können. Das Schlagwort lautet „Ownership“. Es beinhaltet, dass die Menschen in Entwicklungsländern selbst bestimmen können, wohin sie sich entwickeln wollen und welche Gesellschaft sie anstreben, anstatt dass dies ihnen nicht von den Geberländern vorgeschrieben wird. Damit ist nicht gemeint, dass Diktatoren, oder andere nicht durch die Bevölkerung legitimierten Machthaber machen dürfen, was sie wollen. Es ist auch nicht gemeint, dass wir traditionelle Lebensformen für generell überlegen halten und uns deshalb jeder Form von Modernisierung in den Weg stellen. Ownership bedeutet, dass die Entscheidung, wie gelebt werden möchte in die Hände der Menschen gelegt wird, die es betrifft. Dazu bedarf es allerdings der nötigen Rahmenbedingungen, welche in diesem Antrag ausgeführt werden sollen.

Bisher verläuft der Dialog in der Entwicklungspolitik zwischen Gebern und Nehmern nicht auf Augenhöhe. Der Entwicklungsprozess ist extrem asymmetrisch, was Kompetenzverteilung und Arbeitsbeziehungen angeht. Bei der Planung und Durchführung von Programmen und Projekten nehmen EntwicklungsexpertInnen der Geberländer einen leitende Rolle ein. Ihre Denkkonzepte und Gesellschaftsmodelle prägen die Beziehungen. Hauptentwicklungsorganisationen, wie die Weltbank oder der IMF werden allein durch die Geberländer geführt.

Entwicklung hat schlechte Erfolgchancen wenn sie fremdbestimmt ist. Wenn die Geberländer effektive Entwicklungspolitik machen wollen, muss ein Umdenken statt finden. Die Entwicklungsländer werden nur das wirklich umsetzen, was von ihnen selbst beschlossen wurde. Fertige Konzepte, welche sie vorgesetzt bekommen, führen nicht zum Erfolg.

Die GRÜNE JUGEND fordert ein Ende der asymmetrischen Beziehungen in der

30 Entwicklungspolitik. Entwicklung muss im Dialog entstehen. Entwicklungsländer müssen gleichberechtigt in Entscheidungen der Weltbank und des IWFs eingebunden werden. Sie müssen die wirkliche Hoheit über ihre eigene Entwicklung bekommen.

Vor diesem Hintergrund sind die kommenden Lösungsvorschläge für die Probleme der Staaten des Südens als Anregungen für einen offenen Dialog zu sehen und dürfen nicht als paternalistische  
35 Vorschriften verstanden werden. Gleichwohl sehen wir die vorgeschlagenen Verpflichtungen für die „westliche Welt“ als grundlegend an, um weltweit eine positive Entwicklung zu erreichen.

### *Bildung*

Das Recht auf Bildung ist nicht nur ein elementares Menschenrecht, sondern auch der Schlüssel für  
40 eine selbstständige Entwicklung in den Entwicklungsländern und eine Möglichkeit, den Kreislauf der Armut zu durchbrechen. Aus dem Problem der mangelnden Bildung resultieren viele weitere Probleme wie eine schlechte Gesundheit und hohe Mortalitätsrate, zum Beispiel durch mangelnde sexuelle Aufklärung und eine daraus resultierende hohe AIDS-Infektionsrate. Daher sind  
45 Investitionen in die Bildung gleichzeitig auch Investitionen in die Bekämpfung der anderen elementaren Probleme der Entwicklungsländer. Ganz nach dem angestrebten Prinzip der „Hilfe zur Selbsthilfe“ kann eine bessere Bildung in den Entwicklungsländern den Weg in die Selbstständigkeit ebnen.

Die elementare Rolle der Bildung in der Entwicklungspolitik wurde bereits von der Generalversammlung der Vereinten Nationen beim Millenium-Gipfel 2000 erkannt. Bei diesem  
50 Gipfel wurden von der UN, der Weltbank, der OECD und weiteren Organisationen die acht Millenniumziele aufgestellt. Zwei dieser Ziele befassen sich mit Bildungspolitik: So besagt das zweite Millenniumsziel, dass alle Kinder eine Grundschule besuchen sollen., Das dritte Millenniumsziel konzentriert sich auf die Gleichstellung von Frauen und Männern und beinhaltet u.a. dass genauso vielen Frauen wie Männern einen Zugang zu Bildungseinrichtungen ermöglicht  
55 wird.

Die UNO-Mitgliedsstaaten haben zugesagt, diese Ziele bis 2015 zu erreichen. Dennoch haben derzeit laut UNESCO immer noch mehr als 75 Mio. Kinder keine Möglichkeit zum Schulbesuch. 2/3 dieser Kinder sind Mädchen und über 800 Mio. Menschen weltweit können weder lesen noch  
60 schreiben. Anhand dieser Zahlen wird deutlich, dass die Millenniumsziele noch weit über das Jahr 2015 hinaus nicht erreicht werden, solange es nicht eine deutliche Wende im Bereich der Bildung der derzeitigen Entwicklungspolitik gibt.

Wichtig beim Entwicklungsinstrument Bildung ist - neben einer Garantie für den Besuch einer Grundschule - auch, den gesamten schulischen Werdegang der Kinder und Jugendlichen zu betrachten. In den Entwicklungsländern stellen eine hohe Anzahl an SchulabbrecherInnen und der  
65 nicht vorhandene Zugang zu weiterführenden Schulen ein weiteres großes Problem dar. Laut UNICEF besuchen weltweit nur 60% der Kinder nach Abschluss der Grundschule eine weiterführende Schule. In südlichen Teilen Afrikas sind es häufig sogar unter 25%. Dieses Problem muss dringend bekämpft werden. Ohne eine solide Grundbildung und berufliche Ausbildung der

70 Bevölkerung wird den Entwicklungsländern der Schritt in die Unabhängigkeit nicht gelingen.  
Mehrere Jahrzehnte nach dem Ende des Zeitalters der Kolonialisierung besteht nach wie vor eine  
große Abhängigkeit der Entwicklungsländer von den Industriestaaten. Mit besserer Bildung der  
Bevölkerung können die Entwicklungsländer eine eigene konkurrenzfähige Wirtschaft  
strukturieren und Strategien entwickeln um mit den internationalen Märkten umzugehen. Bildung  
hat allerdings einen Wert aus sich heraus. Freie Bildung zu ermöglichen, sollte eine globale  
75 Aufgabe und Ziel der Entwicklungspolitik der Industrieländer sein. Das zu ermöglichen, sollte eine  
globale Aufgabe und ein primäres Ziel der internationalen Entwicklungszusammenarbeit sein.

Schulgebühren sind eines der größten Hindernisse für den Schulbesuch vieler Kinder. Laut  
Recherchen der UN und der Weltbank verlangen derzeit von 92 untersuchten Ländern 76 eine Form  
von Schulgebühren für den Grundschulbesuch. Viele Familien müssen daher zwischen 15-20  
80 Prozent ihres Haushaltseinkommens aufbringen, um ihren Kindern einen Schulbesuch zu  
ermöglichen. Für Familien mit mehreren Kindern ist es daher quasi unmöglich, allen Kindern die  
Möglichkeit eines Schulbesuchs zu geben. Gerade in ländlicheren Gegenden, in denen die Kinder  
als Arbeitskräfte auf dem Feld gebraucht werden, stellen Schulgebühren ein noch größeres Problem  
dar. In vielen Familien müssen die Kinder von klein auf schon mitarbeiten. Neben dem  
85 aufzubringenden Schulgeld hindert auch der Verlust einer Arbeitskraft die Eltern daran, ihren  
Kindern eine Grundbildung zu ermöglichen. Nach Schätzungen des internationalen Arbeitsamts  
arbeiten derzeit ca. 250 Mio. Kinder im Alter von 5 bis 17 als billige Arbeitskräfte, anstatt zu  
Schule zu gehen. Kinderarbeit muss dringend bekämpft werden! Neben der Abschaffung der  
Schulgebühren müssen die Familien soweit unterstützt werden, dass eine Kinderarbeit nicht mehr  
90 notwendig ist. In Gebieten extremer Armut muss möglichst früh mit der Bildung begonnen werden,  
um den Kindern und ihren Familien eine Zukunft zu geben.

Die GRÜNE JUGEND fordert daher für die Gebiete, mit großer Armut, in denen Kinderarbeit ein  
besonders großes Problem darstellt, einen Ausbildungsfinanzierungsfonds, der den Lebensunterhalt  
während des Schulbesuchs absichert, so dass die Familien eher durch den Schulbesuch ihres Kindes  
95 profitieren als darunter finanziell zu leiden. Als Parallelmaßnahme fordert die GRÜNE JUGEND,  
die deutsche Unterstützung bei der Einführung der Schulpflicht in eben diesen Gebieten sowie eine  
stärkere Unterstützung von Kampagnen zur Bewusstseinsbildung von Eltern, denen zum Teil nicht  
klar ist, wie elementar es für ihre Kinder ist, eine Schule zu besuchen. Gerade bei Vätern in  
muslimisch geprägten Ländern, wo Frauen eine untergeordnete Rolle zugesprochen wird, müssen  
100 solche Kampagnen durchgeführt werden. Denn obwohl gerade die Frauenförderung, wie sich  
gezeigt hat, eine gute Möglichkeit ist, um sowohl die wirtschaftliche als auch die soziale Lage und  
die Selbstständigkeit einer Bevölkerungsgruppe zu verbessern, wird auch das Millenniumsziel, dass  
bis zum Jahr 2015 genauso viele Mädchen wie Jungen eine Grundschule besuchen sollen,  
voraussichtlich weit verfehlt werden.

105 Die Staatsverschuldung vieler Entwicklungsländer steigt stetig an und häufig geben die  
Entwicklungsstaaten mittlerweile mehr für die Tilgung und Zinsen aus, als für das Gesundheits- und  
Bildungssystem zusammen. Durch die große Schuldenlast werden viele Länder gezwungen, die  
Ausgaben im öffentlichen Sektor radikal zu kürzen. Im Juni 2005 einigten sich die Finanzminister  
der G8 auf einen Schuldenerlass für 18 der ärmsten 20 Länder. Die GRÜNE JUGEND fordert  
110 deshalb, dass der bereits 2005 eingeschlagene Kurs, des Schuldenerlasses weiterverfolgt wird,  
weiteren Ländern die Schulden erlassen werden und die G8 außerdem die armen Ländern bei der

Abschaffung der Schulgebühren so weit wie möglich unterstützen, um jeder und jedem die Inanspruchnahme ihres Rechts auf Bildung zu ermöglichen.

115 Besonders dort, wo die Menschen durch Umweltkatastrophen, Krieg oder Krankheitsepidemien in extreme Situationen gebracht werden, ist es wichtig, einen schnellen Wiederaufbau der Bildungseinrichtungen zu starten, um wieder ein wenig Normalität ins Leben der Kinder zu bringen und sie gleichzeitig auf die aktive Mitgestaltung und den Wiederaufbau ihrer Umgebung vorzubereiten. Insbesondere in Kriegsgebieten wird deutlich, was Bildung für eine große Rolle für ein friedliches Zusammenleben aller Menschen spielt. Kinder, die Opfer gewalttätiger Konflikte  
120 geworden sind, dürfen nicht mit ihren Erfahrungen alleine gelassen werden. Die GRÜNE JUGEND fordert Wiederaufbaumaßnahmen von Bildungseinrichtungen in Krisengebieten als höchste Priorität bei Wiederaufbauprogrammen zu setzen.

Im Zusammenhang mit der notwendigen Hilfe der Industriestaaten beim Aufbau von Bildungsinstitutionen dürfen die Lehrpläne der westlichen Welt nicht einfach übertragen werden.  
125 Die kulturellen Unterschiede und zum Teil tragische Erfahrungen, die die Kinder gemacht haben, machen eine Übertragung des westlichen Lernens auf die Entwicklungsländer nicht möglich und nicht wünschenswert. Die GRÜNE JUGEND fordert daher flexible Lehrpläne, welche auf das Leben der Menschen vor Ort abgestimmt sind und die Kinder und Jugendlichen auf ein selbstständiges Leben und aktives Mitgestalten ihrer Umgebung vorbereiten.

### 130 *Agrarreformen und Urbanisierung*

Für eine nachhaltige Entwicklung grundlegend sind Reformen beim Grundbesitz. Entgegen den „klassisch-liberalen“ Ansichten genügt es nicht, Eigentumsrechte zu definieren und zuzuweisen, auch die Art und Weise, wie es geschieht, spielt eine entscheidende Rolle.

135 Vor allem in eher agrarisch geprägten Ländern erwächst aus der Verfügungsgewalt über das Land oftmals eine politische Vormachtstellung einzelner Individuen oder Organisationen. Dies kann entweder institutionalisiert (ähnlich der Grundherrschaft) ablaufen, geschieht aber viel häufiger auf informellen Wegen. Die Bündelung von wirtschaftlichen Interessen und politischem Einfluss kann sowohl für die gesellschaftliche Entwicklung als auch für den Strukturwandel hemmend sein.

140 Die GRÜNE JUGEND unterstützt daher Bestrebungen nach einer Landreform, die es in vielen Teilen der Welt gibt. Es ist selbstverständlich, dass es dabei keine Pauschallösung geben kann, je nach Situation vor Ort können Kooperativen, Parzellierung, Anreizsetzung über Steuern oder Gemeindebesitz sinnvoll sein. Wichtig ist vor allem einerseits, dass aus Eigentum keine politische, gesellschaftliche oder kulturelle Dominanz entstehen kann und andererseits, dass die geltenden Regelungen und Gesetze einer landwirtschaftlichen Nutzung des Bodens nicht entgegenstehen.

145 Die Bewirtschaftung des Bodens ist auch aus der Rücksicht darauf bedeutend, dass Urbanisierung und Industrialisierung eine gesicherte Versorgung mit Nahrungsmitteln erfordert. Dabei auf Importe zu setzen, birgt die Gefahr einer einseitigen Abhängigkeit von den Partnern, außerdem vermindert dies die Bildung von Ersparnissen zu einem Zeitpunkt, zu dem Mittel für Investitionen benötigt werden. Zwar ist es allgemein der Fall, dass eine stärkere Industrialisierung (vor allem dank der  
150 Motorisierung) auch zur Steigerung der Erträge führt, dieser Effekt kommt aber üblicherweise mit

155 einem gewissen Verzug. Daher ist es zwingend, den Urbanisierungskurs durch Maßnahmen zu flankieren, die für eine Erhöhung der Agrarproduktivität sorgen. Ist dieses nicht oder nicht im gewünschten Umfang möglich, müssen langfristige Kooperationsabkommen her, um die Deckung des Bedarfs abzusichern. Historische Beispiele wie der Holodomor oder die Tortilla-Krise sollten hier mahrend sein.

### *Selektive Industriepolitik*

160 Mit selektiver Industriepolitik sind Programme gemeint, die darauf abzielen, bestimmten Industrien als Schlüsselindustrien besondere Förderung zukommen zu lassen. Außerdem werden zumeist innerhalb dieser Industrien gewisse Unternehmen als besonders förderungswürdig definiert. Diese Förderung kann bestehen aus privilegiertem Zugang zu Kapital, privilegierter Steuerbehandlung, besonderen Anreizen, Leitung durch die Regierung und protektionistischen Maßnahmen zum Schutz junger Industrien. Eine grundsätzlich marktwirtschaftlich orientierte Volkswirtschaft wird durch planwirtschaftliche Strukturen ergänzt. Diese Form von Industriepolitik unterscheidet sich  
165 entschieden von der zur Zeit in der EU und der Bundesrepublik praktizierten Industriepolitik, da letztere sich darauf beschränkt, ein allgemein günstiges Umfeld für Unternehmen und Investitionen zu schaffen, nicht jedoch bestimmte Industrien besonders fördert. Für Entwicklungsländer besonders wichtig sind Maßnahmen zur Exportförderung wie Vermarktung, Versicherungsleistungen, eine künstliche Abwertung des Wechselkurses oder direkte  
170 Exportsubventionen.

Selektive Industriepolitik ist in vielen Ländern mit sehr verschiedenen Kulturen und historischen Bedingungen erfolgreich eingesetzt worden. Beispiele sind Preußen unter Friedrich dem Großen, die USA nach 1816, Frankreich nach 1852 unter Napoleon III. und wieder nach 1945 unter Charles  
175 de Gaulle, Japan nach der Meiji-Restauration 1868 und ganz besonders in der Zeit von 1952-1980, Lateinamerika in 40er, 50er und 60er Jahren des 20. Jahrhunderts, die südostasiatischen 'Tigerstaaten' (Südkorea, Taiwan, Singapur) seit den 60er Jahren, Irland nach 1987, und zu guter Letzt das heutige Indien sowie die Volksrepubliken Vietnam und China.

Aus entwicklungspolitischer Sicht besonders interessant, sind Japan, Taiwan, Südkorea und Singapur, die eine sehr umfassende Form von selektiver Industriepolitik angewandt haben. So  
180 mussten in Japan in den 50er Jahren Banken eine Genehmigung einholen, wenn sie Kredite vergeben wollten, die nicht im Einklang mit staatlicher Wirtschaftspolitik standen und die unternehmerische Entscheidungen erfolgten auf Basis von „Empfehlungen“ des Ministeriums für Internationalen Handel und Industrie. Genauso nahm das Finanzministerium massiven Einfluss auf die Kreditvergabe der Banken. Diese Länder hatten nach dem Zweiten Weltkrieg ein Pro-Kopf-  
185 Einkommen, welches mit vielen afrikanischen Ländern vergleichbar war und gehören heute zu den *Highly Developed Countries*. Eine derart umfassende ökonomische Transformation in so kurzer Zeit ist in der bisherigen Wirtschaftsgeschichte einzigartig. Taiwan beispielsweise hat heute ein Pro-Kopf-Einkommen, welches ungefähr auf dem Niveau dessen der Bundesrepublik Deutschland liegt. Singapur gehört zu den fünf reichsten Ländern der Erde.

190 Der Grund, aus dem Selektive Industriepolitik funktioniert, ist die Dominanz von *Skalenerträgen*

195 und *Agglomerationserträgen* in praktisch allen modernen Industrien. Skalenerträge bedeuten, dass umso günstiger produziert werden kann, je höher die Stückzahlen sind. Agglomerationserträge bedeuten, dass Unternehmen davon profitieren, viele andere Unternehmen in unmittelbarer Nähe zu haben, die das gleiche produzieren (deswegen beispielsweise die Konzentration des Bankensektors in Frankfurt am Main oder die Existenz von zahlreichen Industrie- und Chemieparks in der Bundesrepublik Deutschland). Skalenerträge und Agglomerationserträge sind in der Praxis so bedeutend, dass sich die Weltbank in ihrem Jahresbericht 2009 ausschließlich mit diesem Thema befasst. In der ökonomischen Theorie bezeichnet man Unternehmen mit Skalenerträgen als *Natürliche Monopole* und Agglomerationserträge als *Externe Effekte*. In beiden Fällen legt die 200 klassische („neoliberale“) ökonomische Theorie einen Staatseingriff nahe.

Leider haben sich diese Erkenntnisse in der entwicklungspolitischen Praxis nicht durchgesetzt: So stellen die heutigen Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) bedeutende Hemmnisse für selektive Industriepolitik dar, insbesondere im Bereich der Exportförderung. Diese können zwar überwunden werden (wie China und Indien beweisen), besser wäre es jedoch, wenn die Hindernisse 205 überhaupt gar nicht erst bestünden. Die GRÜNE JUGEND fordert daher, dass die gegenwärtigen Ausnahmeregelungen, die für *Low Developed Countries* gelten auf weitere Länder ausgeweitet werden.

Außerdem wird an Entwicklungshilfe allzu oft an Konditionen geknüpft, die Selektive Industriepolitik praktisch unmöglich machen. Dies ist insbesondere für sehr arme Länder ein 210 Problem, weil Abhängigkeit von diesen Hilfen besteht. Diese Politik steht im starken Kontrast zu der Entwicklungshilfepolitik in Südostasien in den 50er und 60er Jahren: So sind Taiwans frühe Industrialisierungsprogramme zu signifikanten Anteilen aus Entwicklungshilfe finanziert worden und Südkoreas staatliche Kredite an bevorzugte Unternehmen speisten sich ebenfalls aus Entwicklungshilfegeldern. Die GRÜNE JUGEND fordert daher, dass die heutzutage bestehenden 215 Konditionen an Entwicklungshilfe, die selektive Industriepolitik erschweren, abgeschafft werden.

Letztens konnte die Industrialisierung in Asien auch deswegen gut gelingen, weil diese Länder in ihrer Industriepolitik von internationalen Organisationen beraten wurde. Das ohne Zweifel prominenteste Beispiel ist der Niederländer Albert Winsemius, der im Auftrag der Vereinten Nationen, Singapur beriet und den ersten 4-Jahres-Plan mit ausarbeitete. Die GRÜNE JUGEND 220 fordert daher, dass die Entwicklungspolitik auf systematische Beratung in selektiver Industriepolitik ausgerichtet wird, mit dem Ziel, den betroffenen Ländern die notwendige Kompetenz zur Gestaltung ihrer industriellen Struktur zu geben.

#### „State Building“, Regierung und Administration

225 Mit dem Aufbau, der Etablierung und der Verwaltung eines funktionsfähigen Staates steht und fällt der Erfolg des Entwicklungsprozesses eines Landes.

Angefangen beim „State Building“ müssen zunächst staatliche Institutionen errichtet werden und staatliche Abläufe, so wie beispielsweise Wahlen, institutionalisiert werden. Das allein schon dieser erste Schritt zur größten Hürde werden kann, zeigt unsere heutige außenpolitische Realität in aller

230 Deutlichkeit: Sowohl in Afghanistan, als auch im Irak und Kongo, um einige der härtesten und präsentesten Fälle zu nennen, befindet sich der Entwicklungsprozess auf dieser Anfangsstufe.

Geschichtlich gesehen kann man die Länder, die diesen Schritt des „Staats-Aufbaus“ erfolgreich durchgeführt haben, in zwei Kategorien teilen. Zum einen gibt es die entwickelten Nationalstaaten, die durch ihren starken, geographisch, kulturell und historisch geprägten sozialen Zusammenhalt eine akzeptierte Regierungsform etablieren konnten. Dieses Bewusstsein einer gleichen Identität förderte zudem nicht nur die innerstaatliche Stabilität, sondern auch die wirtschaftliche Entwicklung. Die Entwicklung hin zu einem Nationalstaat war für viele Länder ein oft schmerzhafter Prozess, betrachtet man gerade die Geschichte Frankreichs oder Deutschlands. Jedoch lässt sich dieses Muster auch postkolonial in Nordamerika und Ozeanien wiederfinden. Mithilfe der vermachten britischen Institutionen formten sich schnell neue nationale Identitäten und stabile Staaten um die jeweiligen kulturellen und geographischen Gemeinsamkeiten, so zum Beispiel in Australien, Kanada und Amerika. Bei den entwickelnden Nationalstaaten weisen beispielsweise die Türkei, Korea und Chile Parallelen zu dieser Entwicklung auf. Auf der anderen Seite kann man sogenannte „Staats-Nationen“ festmachen. Dabei wurden heterogene Identitätsgruppen durch kolonial auferlegte Institutionen zu einem nunmehr stabilen Staat zusammengefasst. In Indien kann man beispielsweise feststellen, dass lokale Eliten damals die britischen administrativen Strukturen übernahmen und dadurch äußerst ungleiche Bevölkerungsgruppen vereinten. So haben sich deren verschiedenartigen Traditionen über die Zeit in die kolonialen Regierungsinstitutionen integriert und so eine zusammenhängende politische Einheit gebildet, die auf die nationale Entwicklung ausgerichtet ist. Dieser postkoloniale Werdegang war in dieser Weise aber auch nur möglich, weil Großbritannien beträchtliche Investitionen in sein „Kronjuwel Indien“ getätigt hat und Indien somit nach seiner Unabhängigkeit auch die administrativen, militärischen und infrastrukturellen Grundlagen hatte, das Territorium zu regieren. Andere ähnliche Beispiele sind Hong Kong oder Malaysia. Ganz anders jedoch erging es der großen Mehrheit an afrikanischen Kolonien, bei denen die Europäer von vornherein „conquest on the cheap“ - eine billige Eroberung vorhatten und kaum in administrative Netzwerke, Bildung oder Infrastruktur investierten. Eisenbahnlinien wurden beispielsweise an Häfen gebaut, weil dies Erträge einbrachte, nicht jedoch in die landesinneren Gebiete. Auch im Nahen Osten zogen die Europäer neue Grenzen nach dem Ersten Weltkrieg und verwalteten die Länder einige Jahre, um dann jedoch rasch nach dem Zweiten Weltkrieg abzuziehen und kaum Spuren in dieser Region zu hinterlassen, außer schlecht gezogenen Grenzen.

So werden die Probleme beim Aufbau eines Staats, einer Regierung und Administration eines Landes besonders deutlich. Eine große Herausforderung stellen dabei politische und kulturelle Zersplitterungen in einem Land dar. Dadurch herrscht ein geringes Niveau an Vertrauen unter den verschiedenen Bevölkerungsgruppen und Konflikte zwischen verschiedenen Identitätsgruppen zerstören den langfristigen Willen nach gemeinsamer Entwicklung. Offizielle Regierungskörper sind im schlechtesten Fall von den tatsächlichen informellen Rahmenbedingungen abgeschnitten und regieren an den realen Gegebenheiten vorbei, während Gruppen, die nicht an der Regierungsmacht beteiligt sind, den Staat als illegitim und feindlich betrachten und (wirtschaftliche) Vorteile gegen den Staat oder ohne seine Beteiligung ausspielen. Dadurch können sich Individuen auch mehr zu religiösen Führern, Stämmen oder Clans hingezogen fühlen, zu denen sie sich beispielsweise durch alte Traditionen mehr verbunden fühlen, als zum Staat. So setzt sich eine Spirale aus Entmachtung der Zentralregierung, Korruption und Illegalität in Gang, die sich

- 275 weiter abwärts schraubt, wenn Investoren deshalb fern bleiben, die Infrastruktur vernachlässigt wird und qualifizierte Menschen das Land verlassen. Dieses Problem wird außerdem durch schwache nationale institutionelle Gegebenheiten verstärkt. Da sich aber wenige Menschen in solchen Ländern loyal zum Staat bekennen und sie bei der gegebenen soziopolitischen Dynamik auch kaum Anreize haben, seinen Gesetzen zu gehorchen, ist es äußerst schwierig, diese schwachen Institutionen zu stärken.
- 280 Um diese Probleme anzugehen lässt sich zunächst festhalten, dass Staaten ein logisches Abbild ihrer soziopolitischen, geographischen, historischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten darstellen sollten. Überall auf der Welt haben die Entwicklungsländer ein enormes Potenzial an politischen, sozioökonomischen und kulturellen Ressourcen, die man als Grundlage einer Entwicklungsstrategie nutzen kann. Die GRÜNE JUGEND fordert daher, dass Entwicklungsstrategien so ausgerichtet sein
- 285 sollen, dass die landesspezifischen politischen, sozioökonomischen und kulturellen Ressourcen vorteilhaft genutzt und eingebunden werden können. Entwicklungshilfe sollte lokale Kapazitäten und Institutionen ergänzen und fördern, anstatt sie zu unterlaufen. Mehr eigene Verantwortung und Dezentralisierung muss gefördert werden, anstatt sich nur auf Wahlen und öffentlichkeitswirksame Hilfe zu konzentrieren. Auch sollen Verfassungen Machtteilung und Koalitionsregierungen
- 290 unterstützen, um die Vereinigung von konkurrierenden Bevölkerungsgruppen zu erleichtern und mehr Zusammenarbeit und Zusammenhalt innerhalb der Bevölkerung zu erreichen. Die GRÜNE JUGEND schlägt außerdem vor, Steuererhebungen in Entwicklungsländern zu fördern, da Steuern zu den Kernelementen eines handlungsfähigen Staates gehören und politische Verhandlungen und einen soziopolitischen Austausch erhöhen. Dadurch wird auch die Abhängigkeit von Fremdhilfe
- 295 gemindert. Desweiteren spielen Zölle in Entwicklungsländern eine viel bedeutendere Rolle bei der Staatsfinanzierung, als in den meisten Industriestaaten, was eine multinationale Kooperation erschwert. Des Weiteren befürwortet die GRÜNE JUGEND die besondere Förderung und Einbindung von Frauen in administrative Institutionen, da sie eine große Multiplikator-Funktion in der gesellschaftlichen Akzeptanz eines Staates und seinen Institutionen spielen. Insgesamt wird die
- 300 Entwicklung hin zu einem stabilen Staat mit einer funktionsfähigen Regierung und Administration für jedes Entwicklungsland einige Zeit in Anspruch nehmen. Zudem ist die GRÜNE JUGEND der Auffassung, dass dieser Aspekt der Entwicklungspolitik in der heutigen Diskussion mit besonderer Sensibilität und Aufmerksamkeit verfolgt werden sollte, da man schon durch harte Erfahrungen lernen musste, dass man mit einem von oben auferlegten Staats- und Regierungssystem oder einem
- 305 one-size-fits-all-Programm im Endeffekt sogar Rückschritte bewirkt.

### *Political Empowerment & Participation*

- Empowerment setzt den Menschen in den Fokus und die Potentiale, wenn sie am Prozess der Entwicklung selbstbestimmt teilhaben. Ursprünglich aus der Praxis von
- 310 Nichtregierungsorganisationen kommend und durch WissenschaftlerInnen wie Robert Chambers (weiter)entwickelt, werden seit den 1980ern Jahren Strategien wie gender mainstreaming, Empowerment und capacity-building auch von den großen Entwicklungs- und Geldergebeorganisationen (z.B. Weltbank) verwendet, deren Entwicklungsansatz prinzipiell großstrukturell ist. Dieser Trend hat allerdings oft zur Verwässerung geführt und das Konzept an
- 315 sich, in dem es um Entwicklung nach dem bottom-up statt top-down Prinzip geht, in Frage gestellt

hat. Die GRÜNE JUGEND begrüßt, dass die Rolle des Individuums von allen Entwicklungsakteuren berücksichtigt wird, stellen uns aber entschieden gegen Modeerscheinung, mit denen althergebrachte Strategien nicht geändert werden, sondern lediglich versucht wird diese nach außen zu kaschieren.

- 320 Empowerment kann auf verschiedenen Ebenen ansetzen: einer Nation, einer Gemeinschaft, bei der Familie oder dem Individuum. Eine weitere Ebene ist das „wie“: Empowerment kann von außen erfolgen, beispielsweise durch Partizipation an Entscheidungsprozessen und Möglichkeiten der Meinungsäußerung. Es kann aber auch von innen heraus geschehen, durch sogenannte capabilities wie das soziale Kapital, persönliche Ressourcen und Wissen. Nur wenn Menschen den langen und schwierigen Prozess der Entwicklung gestalten und mitbestimmen können, ist dieser nachhaltig. Partizipation und Empowerment sind deswegen eng mit einander verbunden, je nachdem, ob Empowerment als ein Mittel oder ein Ziel an sich verwendet wird. Die GRÜNE JUGEND setzt auf einen umfassenden Entwicklungsansatz, in dem neben strukturellen Veränderungen der Rahmenbedingungen das Recht auf Selbstbestimmung und Verantwortung von Menschen die zentrale Entwicklungsstrategie ist. Die Betroffenen sind die besten AnalystInnen ihrer Probleme und deren Lösungen (ownership-Prinzip). Entwicklungszusammenarbeit kann diesen Prozess nur anstoßen und unterstützen, beispielsweise indem Diskussionen unter Einbeziehung aller Gruppen ermöglicht werden, nicht aber den Weg für Entwicklung vorgeben.

- Menschen sollten mit verschiedenen Ansätzen „empowert“ werden: ökonomisch oder politisch mit Fokus auf Frauen, den Armen oder ethnische/ religiöse/ kulturelle Minderheiten. Dabei sind die Übergänge schwimmend: Nur wer ökonomisch unabhängig ist, kann Entscheidungen treffen. Allzu oft ist das bei Frauen in Entwicklungsländern nicht der Fall. Sie sind ökonomisch vom Mann abhängig und damit auch gesellschaftlich und politisch. Ökonomische Unabhängigkeit, beispielsweise durch ein eigenes Einkommen wie durch Mikrokredit gestützten Kleinerwerb, ist eine Form vom Empowerment. Sie bekommt Selbstwertgefühl und trägt dieses in die Familie, die lokale Gemeinschaft und damit die Gesellschaft. Die GRÜNE JUGEND fordert daher die Wechselbeziehungen beispielsweise zwischen Geschlecht, ökonomischer und politischer Situation intensiver zu berücksichtigen, anstatt auf eindimensionale Lösungen zu setzen. Politisches Empowerment und Partizipation wird in Entwicklungsprozesse oft als zweitrangig eingestuft. Dabei ist gerade dies ein Schlüssel zur Bekämpfung von Armut. Erst wenn alle, Arme, Frauen und Minderheiten die Möglichkeit haben, ihre Anliegen auszudrücken und an Entscheidungen, die sie betreffen, teilzuhaben, können ihre Bedürfnisse befriedigt werden. Dabei mangelt es meist nicht an politischen Strukturen wie lokalen Räten, in denen beispielsweise Frauen eine bestimmte Quote besetzen. Sondern an der faktischen Machtausübung. Deswegen fordert die GRÜNE JUGEND auch hier Empowerment schwacher Gruppen, beispielsweise durch Bewusstseinsbildung aller und capacity building der Minderheiten. Ein Blick in Statistiken zeigt: Armut ist überwiegend weiblich. Zudem kommt Frauen als praktisches Oberhaupt der Familie eine Schlüsselrolle in der Familie und der Gemeinschaft zu. Deshalb ist Empowerment von Frauen, Empowerment der Gesellschaft. Die GRÜNE JUGEND fordert daher Frauen, ihre Rolle und Potentiale stärker in den Fokus von Entwicklung zu rücken.

Bei Empowerment geht es um die Mikroebene von Entwicklung. Der britische Ökonomen Ernst Friedrich Schumacher hat es 1973 mit dem Titel seines Buches „Small Is Beautiful: Economics As If People Mattered“ auf den Punkt gebracht und die Denzentralisierung von Entwicklung gefordert.

360 Es basiert auf der Idee, dass jeder Mensch Potentiale hat, die mobilisiert und nutzbar gemacht werden können. Die Menschen in Entwicklungsländern sind, wie schon Platon sagte „the best judges of their own“, wenn sie die Möglichkeit dazu bekommen. Die GRÜNE JUGEND setzt sich für einen Nachfrage gestützte Entwicklungszusammenarbeit ein, in der Entwicklung als ein multidimensionalen und ganzheitlichen Prozess zu verstehen und umzusetzen.

365 *Fazit*

Ziel der GRÜNEN JUGEND ist es, Entwicklungsländern den Weg in die wirtschaftliche, politische und kulturelle Eigenständigkeit zu ermöglichen. Wir wollen allen Menschen dieser Erde menschenwürdige und selbstbestimmte Lebensumstände ermöglichen. Es ist an der Zeit, die bisherige internationale Entwicklungszusammenarbeit grundlegend zu Überarbeiten. Mit diesem  
370 Antrag hat die GRÜNE JUGEND einige Vorschläge erarbeitet.